

presse

Zahl der Ausbildungsplätze auf niedrigstem Stand seit 20 Jahren

Zur Zwischenbilanz des Ausbildungspaktes erklären der zuständige Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion Willi Brase und die stellvertretende arbeitsmarkt- und sozialpolitische Sprecherin Katja Mast:

Die Zahl der Ausbildungsplätze ist mit 551.300 auf dem niedrigsten Stand seit 20 Jahren. Die Paktpartner begründen dieses schlechte Ergebnis mit der demografischen Entwicklung. Tatsache ist aber, dass der Ausbildungsmarkt stagniert.

Es ist erschreckend, dass vor dem Hintergrund des zunehmenden Fachkräftebedarfs in Deutschland bei der Zwischenbilanz rund 250.000 junge Menschen aus dem Übergangsbereich rechnerisch unter den Tisch fallen beziehungsweise 90.000 nicht mehr in der Statistik auftauchen. 80 Prozent von ihnen haben einen Schulabschluss, sie sind nicht ausbildungsunfähig. Statt den Maßnahmenschwungel zu durchlaufen, wünschen sie sich einen Ausbildungsplatz.

Fakt ist, dass die Bundesregierung ihre eigenen Vorhaben nicht einhält. Auf dem Dresdner Bildungsgipfel im Oktober 2008 hatten Bund und Länder vereinbart, die Zahl der ausbildungsfähigen jungen Erwachsenen ohne Berufsabschluss von 17 Prozent auf 8,5 Prozent zu halbieren. Laut einer DGB-Expertise waren 2011 1,5 Millionen junge Menschen im Alter von 20 bis 30 Jahre ohne Berufsausbildung – das entspricht einer Quote von rund 16 Prozent. Von Halbierung kann also keine Rede sein.

Mit einem Recht auf Ausbildung für alle Jugendlichen wollen wir sicherstellen, dass kein Jugendlicher verloren geht und kein Talent unentdeckt bleibt. Für die 1,5 Millionen jungen Erwachsenen fordern wir ein Sofortprogramm „2. Chance auf Berufsausbildung“, das auf die speziellen Lebenslagen der jungen Menschen reagiert und sie mit passgenauen Instrumenten zum Berufsabschluss führt.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird in den kommenden Wochen eine entsprechende Initiative in den Deutschen Bundestag einbringen. Gleichzeitig

begrüßen wir die aktuelle Forderung des DGB nach einem Sonderprogramm zur Qualifizierung junger Erwachsener. Bereits in den zurückliegenden Haushaltsberatungen hat die SPD-Bundestagsfraktion 200 Millionen Euro für die Ausbildung und Qualifizierung junger Erwachsener ohne Berufsabschluss gefordert. Dies hat die Regierungskoalition abgelehnt.